

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 5 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b  
Fernsprecher: Morichplatz 2120

Verfassung  
bei allen Postämtern.  
Mitglieder kostenlos

Berlin, 5. Februar 1926

## Gemeinsame Aktion zur Durchführung des Volksbegehrens.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß unter den derzeit herrschenden Zuständen im Reichstag keine Mehrheit für die Einsegnung der habgierigen ehemaligen Fürsten zusammenzubringen ist, haben sich die Vertreter der beiden proletarischen Parteien (Sozialdemokraten und Kommunisten) dahin geeinigt, diese Aktion des Volksbegehrens auf Grund folgender Vereinbarung durchzuführen.

1. Herstellung und Finanzierung der Einsegnungslisten (sowie der erforderlichen Plakate mit dem Gehehentwurf und der Aufforderung zur Einsegnung) erfolgt je zur Hälfte durch die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei.

2. Die Einsegnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Verband an sämtliche Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebriefe oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.

3. Die Plakatverteilung und die Verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verteilung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Riesengleichung von Wählern zur Einsegnung für das Volksbegehren zu veranlassen. Die sonstige Propaganda — Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen — die zu diesem Zweck vorgenommen wird, ist von den einzelnen Korporationen entsprechend den gefassten Beschlüssen der Verhandlungskommission selbständig zu führen.

Wie schwierig dieses Unternehmen ist, erkennen wir daran, daß zum Zustandekommen des Volksbegehrens  $\frac{1}{10}$  der bei der letzten Reichstagswahl Stimmberechtigten dieses Verlangens durch ihre Unterschriften bekräftigen müssen. Stimmberechtigt waren bei der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April 1925 39 414 316 Wähler. Mit allen Differenzen und Berichtigungen 39 444 121; erforderlich für das Volksbegehren 3 944 413 gültige Unterschriften.

Daraus ist zu ersehen, daß dieses Unternehmen eine energische und ausdauernde Arbeit erfordert, wenn es zum Ziele führen soll. Wir wollen und müssen diese Aktion mit allen Kräften unterstützen und fördern.

## Wirtschaftsführung und Organisation.

### Klasseninteressen und Klassenkämpfe.

Nach der materialistischen Weltanschauung ist die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von ununterbrochenen Kämpfen der verschiedenen Gesellschaftsklassen untereinander. Marx und Engels und viele andere sozialistische Schriftsteller nach ihnen haben das beweiskräftig festgestellt. Das hindert aber bürgerliche Wirtschaftspolitiker nicht im geringsten, diese Tatsache immer wieder zu verleugern. In dieser Woche leiden selbst solche Schriftsteller, die sonst die Wirtschaftskrisen sehr objektiv behandeln. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 39 vom 23. Januar 1926 macht sich auch Herr Dr. Fritz Pinner einer sehr einseitigen Darstellung schuldig.

Er sagt: die materialistische Weltanschauung habe bewiesen, daß die Dinge sich selber und aus sich selber entwickeln, nach Bedingungen, die gegeben sind und von Menschen ihren Schwang auflegen. Daraus sei doch zu folgern, daß alles, was wir als Politik und Aktion bezeichnen, hinflos sei, wenn alles, was wir als Kapitalismus kennen, von selbst zusammenbricht.

Wenn die Marxisten von der materialistischen Weltanschauung keine andere Meinung hätten, würden sie dann Organisationen geschaffen haben, die nach drei bestimmten Richtungen hin politischen und wirtschaftlichen Einfluß geltend zu machen suchen und geltend machen können: die politischen Organisationen, dann die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen. Dies alles sollen die bürgerlichen Demagogen aber totschweigen, wenn sie von allen materialistischen Weltanschauungen in der bürgerlichen Presse schreiben.

Natürlich gibt es im Leben der Völker und innerhalb der einzelnen Bevölkerungsklassen eine ganze Menge von Faktoren, die bestrebt sind, die Geschicke in ihrem Sinne und zu ihrem Vorteil zu führen und zu beeinflussen. Diese sind aber doch bei Weitem nicht so wichtig wie die Träger der Bewegung ihrer Klasse, ihre Führer und Volkstretter ihres Willens. Das gleiche gilt aber auch von den Führern proletarischer Organisationen, auch sie suchen die natürliche Entwicklung zum Nutzen und Vorteil ihrer Klasse zu beeinflussen. Hier ist aber ein recht großer Unterschied zu beachten. Der prominente Führer von bürgerlichen Klasseninteressen sucht Vorteile zu erlangen auf Kosten der breiten Volksmassen, während der proletarische Führer Vorteile erträgt, die allen Volksgenossen zuteil werden.

Daraus ersehen wir schon, daß nicht der Marxismus es war und ist, der den Klassenkampf geschaffen hat. Der Klassenkampf hat bestanden und besteht, so lange Menschen auf der Erde leben, die sich die Arbeitserträge anderer Menschen aneignen und von fremder Arbeit leben.

Marx hat diese Tatsache wissenschaftlich festgestellt und hochachtbar begründet, aus der alle Kämpfe unter den Menschen entspringen und weiter entstehen. Damit hat er den Klassenkampf nicht erfunden, wie die bürgerlichen Demagogen behaupten, denn der bestand bereits. Es ist überhaupt ersichtlich, mit welcher Unerschrockenheit akademisch gebildete Leute einfache Tatsachen übersehen, nur um den verhassten Wahrheiten ein Bein zu stellen. Es wäre den Ausbeutern des Volkes sicher recht angenehm, wenn wir Marxisten untätig zusehen würden, wie die Führer des Privatkapitalismus wirtschaften.

Die Wirtschaftsführer von heute fragen bei allen Unternehmungen zuerst, wird sich das Kapital zu verjähren, das wir hineinstecken? Wird ein recht hoher Gewinn dabei sein und abfallen? Wie können wir die ampruchtstollen, willigen Arbeitsträfte am intensivsten ausnützen? Das Gesamtinteresse der Völker spielt dabei eine sehr nebensächliche Rolle, wenn es so in Betracht kommt, immer ist maßgebend die Rentabilität des Kapitals, das hineingesteckt wird.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an die Ausführungen des Herrn Dr. Hermsberg auf dem Gewerkschaftskongress in Breslau zu erinnern. Er führte aus, daß in unserer Gesellschaft von einer klar bewußten Wirtschaftsführung nicht die Rede sein könne. Und in der Aussprache wurde dies dahin ergänzt, daß wir wohl Wirtschaftsführer haben und auch wie diese Führung beschaffen ist, aber geteilt vom Profitinteresse.

Es ist nun recht interessant, wie Herr Dr. Pinner dem Führerproblem zuleide geht und den Kern herauszufinden sucht. Seit Bismarcks Abgang habe Deutschland weder in dem hohen noch in dem niederen Betracht eine wirkliche Führung gehabt. Man habe viele Irrwege eingeschlagen und bis zum bittersten katastrophalen Ende nicht verlassen. Beweis der Weltkrieg und die Inflation. Das stimmt auffallend und beständig, was wir von dem nackten Profitinteresse und der Eurythmie gegenüber dem allgemeinen Volksinteresse derjenigen gesagt haben, die den Gang unserer Wirtschaft und der Politik beeinflusst haben.

Und noch viel drastischer wird Herr Dr. Pinner in seiner weiteren Bemerkung: „Führerschaft ist nicht nur Erkenntnis und Kritik, Führerschaft ist Tat, ist Fähigkeit, die dem richtigen Wege und dem richtigen Ziele entgegenstehenden Hemmungen und Widerstände, die Trägheit der Materie und die Verwirrung des Geistes zu überwinden.“ Sehr gut gesagt. Wo aber ist das richtige Ziel? Haben die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker denn überhaupt ein richtiges Ziel. Gleich dem Fabrikanten und Geschäftsmann erblicken sie ihr Ziel auch nur einseitig im renablen Geschäftsergebnis. Hier ist die Wurzel des Übels. Alle Gedanken bewegen sich bei diesen Betrachtungen immer im Kreise herum, um diesen selben Punkt. Daran ändert sich nichts, daß die Herren es nicht verschmähen, gelegentlich von Gemeinwohl und Volksinteressen zu reden und zu schreiben.

Aber Herr Dr. Pinner findet auch, daß der ganze Apparat unserer jetzigen Wirtschaftsorganisation nichts taugt und schon längst — weit überfällig aufgebläht — als abgefallen zu betrachten sei. Hier findet er gute Worte der Kritik gegenüber den Wirtschaftsführern, die nur bestrebt sind, sich die Herrschaft über den Konsum so lange als möglich zu sichern; die der Arbeiterschaft und der Staatswirtschaft gegenüber ständig auf Abbau drängen, aber selbst nicht daran denken, die unproduktiven Kosten, die sie dem Produktionsapparat aufbürden, zu verringern. Dem Abbau von unten hat der Abbau von oben zu folgen. Er kommt dann auf die riesige Zahl von Direktoren, Aufsichtsräten, Syndikats- und hochbezahlten Beamten zu sprechen, die den Produktionsapparat auf das schwerste belasten, wie wir schon in früheren Artikeln dargelegt haben. Diese kämpfen gegen ihren Abbau mit allen Mitteln und fragen den Teufel danach, ob der Produktionsapparat dabei zugrunde geht.

Diese Menge von Epochen helfen natürlich alle mit, die Wirtschaft dem Abgrund entgegenzuführen, das hat Herr Dr. Pinner richtig erkannt, um so mehr ist es erstaunlich, daß er es unterläßt, die allein richtigen Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Die Erkenntnis, daß das ganze System der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung bankrott ist und durch das sozialistische ersetzt werden muß.

Man kann es ja verstehen, daß die Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ Rücksicht zu nehmen gezwungen sind auf die Leser dieses Blattes und es sich deshalb vorbehalten, die richtigen Schlussfolgerungen aus den eigenen Feststellungen zu ziehen. Der Schlußsatz des angeführten Artikels lautet:

„Unser Volk wird aber erst dann wieder leben aus den Niederungen der Notzeit zu einem besseren Leben emporsteigen können, wenn es den Unterschied zwischen Verführung und Führung klar erkennt und unambigüer beherzigt.“

Hat Bismarck, auf den sich Herr Dr. Pinner beruft, das deutsche Bürgertum zum Wohlstand geführt, so hat die Gesamtheit des deutschen Volkes wohl daran etwas partizipiert, aber doch nur in sehr beschränktem Maße. Die große Masse ist immer Stiefkind gewesen bei der Verteilung der Profite.

Wir brauchen Führer, die politische und wirtschaftliche Einsicht genug besitzen, um zu verhindern, daß sich die Herrschaft schematisch wiederholt und nur die oberen Klassen begünstigt. Soll die Wirtschaft blühen und gedeihen, dann muß in erster Linie unser eigenes Volk, die große Masse der Verbraucher, wieder konsumfähig und laufträchtig werden.

Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 42 vom 26. Januar nimmt der Generaldirektor Dr. H. Dehne Stellung zu den vorgelegenen Wirtschaftskongressen. Es sei sehr schwer an eine Weltwirtschaftskongress zu denken, wenn dieser nicht eine europäische als Vorstufe vorausgehe. Man habe sich bisher noch niemals ernstlich mit der Unterlegung aller drei Faktoren der Wirtschaft — Produktion, Absatz, Kapital — befaßt. Hier ist beachtlich, daß die Produzenten, Arbeiter und Angestellte, auch von Herrn Dehne nicht erwähnt werden. Er sagt wohl, der Produktionsapparat sei zu groß zu dem zur Verfügung stehenden Betriebs- und Konsumkapital. Denn die Produktion von Rohstoffen und Rohstoffen, die Förderung von Steinkohle hat die Produktion von 1913 bald erreicht, die Braunkohlenproduktion sei sogar erheblich größer.

Die Produktion ist also größer als die Nachfrage, und über die Absatzgebiete herrscht keine Klarheit, auch nicht über den Konsum im Inland. Hier müsse erst zuverlässiges Material geschaffen werden.

Die wirtschaftliche Weisheit des Herrn Generaldirektors erschöpft sich in folgenden Sätzen: „Ziel und Zweck aller Arbeiten kann zunächst nur eine Produktionsregelung sein, die im wesentlichen in einem Abbau und einer besseren Verteilung der bestehenden Anlagen bestehen muß, sowie eine gleichzeitige Abkopplung im Inland. Eine internationale Produktionsverteilung kann erst in Erwägung gezogen werden, sobald jedes Land die eigenen Produktions- und Absatzgebiete überfließt. Dann würde auch die Frage gelöst sein, in welchem Umfang Deutschland seiner Bevölkerung Arbeit zu geben vermag. Für den Teil, der nicht beschäftigt werden kann, müsse Arbeitsgelegenheit in den Kolonien gefunden werden.“

Man erkennt aus diesen Ausführungen, wie gering die Aussichten sind, daß in absehbarer Zeit durch Kongressen die brennendsten Fragen der Organisation der Wirtschaft gelöst werden können. Immer wieder heißt es, das zu Gebote stehende Kapital ist zu gering. Es wäre doch naheliegender, es von dort zu nehmen, wo es steht, denn es kann ja nicht verschwinden und unsichtbar gemacht worden sein.

In diesem Zusammenhang interessiert außerordentlich, was Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ über den Plan einer Weltwirtschaftskongress gesagt hat. Kurz zusammengefaßt sagte er: „Das Interesse der öffentlichen Meinung ist die unbedingte Voraussetzung für eine Neuordnung des internationalen Wirtschaftslebens. In Deutschland habe er ein sehr lebhaftes Interesse für eine solche Wirtschaftskongress gefunden. Die Hauptfrage sei, diese Kongress sorgfältig vorzubereiten und ein fest bestimmtes Programm aufzustellen. Schon allein die Schulpflichtfrage stehe im Zusammenhang mit allen Wirtschaftsproblemen, Auswanderungsfragen und der Schuldenbelastung der Völker. Die Schaffung einer Art industrieller Weltorganisation lege voraus die Verständigung zwischen den einzelnen Industrien innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Also Trübsand im großen Maßstab! Bedenklich sei es, solche Vertretung ausschließlich den Interessenten zu überlassen, daß heißt den Unternehmern. Da ist eine



Kontrolle der Öffentlichkeit erforderlich im Interesse der Gesamtheit.

Albert Thomas hat dann auch die Arbeiterfrage berührt. Darüber folgendes:

„In der öffentlichen Meinung jedes Landes spielen die Arbeiter, als Produzenten und Konsumenten organisiert, heute eine außerordentlich große Rolle. Sie hätten an der geplanten Konferenz ein sehr lebhaftes Interesse.

Die große Arbeitslosigkeit, die alle Länder heimlich und auch Frankreich bedrückt, erhöhe dieses Interesse. Die Arbeiter vertreten den Gedanken, auf dem Wege internationaler Verständigung die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Stabilität der Arbeit zu sichern. Albert Thomas betonte, daß man die Pflicht habe, mit allen Mitteln internationaler Verständigung die Methoden sozialer Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Die Erfüllung des Dawes-Planes dürfe in Deutschland nicht auf Kosten der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter erfolgen. Die Wirtschaftskrise in Deutschland sei eine Sanierungsphase, die vorübergehen werde und nicht katastrophal sei. Sie werde überwunden werden, zumal der einmütige Wille herrsche, ihrer mit allen geeigneten Mitteln Herr zu werden.

Wirtschaftsstile und Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Arbeiterklasse geht durch eine Wirtschaftskrise so hart und nachhaltig, wie sie in den letzten Jahrzehnten nicht zu vergleichen war. Die Ursachen dieser Krise sind nicht zu vergleichen mit denen der Vorkriegszeit, denn der Markt ist nicht überflüssig, sondern die elementarsten Bedürfnisse der großen Volksmasse können nicht befriedigt werden, weil die notwendige Kaufkraft nicht vorhanden ist. Diese mangelnde Kaufkraft soll nach Beschluß der Arbeitgeberverbände noch mehr gedrückt, die Arbeitszeit verlängert und das Millionenarbeitslosenheer noch weiter vergrößert werden. Den von der Not Betroffenen bemächtigt sich eine Verzweiflungssimmung, die von Gewissenlosen für alle möglichen Parteiziele ausgenutzt wird. Es soll sich bei den Arbeitlosen das gleiche Spiel wiederholen, mit dem die Inflationsopfer vor wenigen Monaten den festgefahrenen Karren der Rechtsparteien wieder flottmachen. Als diese Parteien ihre vor den Wahlen gemachten Versprechungen einlösen sollten, überließ man die auf den Leim getrocknenen Gimpel ihrem Schicksal. Die versprochene 100prozentige Aufwertung der Sparfaktenscheine u. a. blieb aus.

Um ähnliches zu verhindern, ist es dringend notwendig, Aufklärung über die objektiven Ursachen der Wirtschaftskrise zu verbreiten. Die Gewerkschaften als die Sachwalter der Arbeiterschaft, des wichtigsten Wirtschaftsfaktors überhaupt, sind zugleich die wirtschaftlichen Schulen für die Arbeiter. Nicht in dumpfer Verzweiflung, sondern in klarer wissenschaftlicher Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge auf dem Boden der Wirtschaft können die Gewerkschaften überhaupt nur erfolgreiche Arbeit von Dauer leisten, Einfluß auf die Gestaltung und Führung der Wirtschaft gewinnen und die materielle Lage der arbeitenden Klasse bessern.

Mit Geschäftsausdrücken lassen sich ökonomische Tatsachen und Gesetze nur einmal nicht fortzuringen.

Wie sieht es nun in der deutschen Wirtschaft aus, die ebenso wie die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft abhängig ist von der internationalen wirtschaftlichen Arbeitsteilung und der fortgesetzten Trennung der Produktion vom Konsum?

Die Arbeitslosigkeit ist eine mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbundene Erscheinung, und sie zeigt sich als Folge der durch den Weltkrieg völlig veränderten Weltmarktlage und der völligen Verarmung weiler Volksteile in allen europäischen Staaten. In allen, vornehmlich europäischen Ländern ist eine gesteigerte Arbeitslosigkeit zu beobachten, so z. B. war in Dänemark Anfang Januar 1926 jedes dritte Gewerkschaftsmitglied arbeitslos, in Deutschland nur jeden 16. 7. Proz. der Gewerkschaftsmitglieder und ebensoviel Kurzarbeiter, in England 12 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder, in Holland 8,5 Proz., in Wien allein Mitte Dezember 1925 etwa 60 000, in Norwegen 10 Proz., in Ungarn 14,5 Proz., in den Vereinigten Staaten ist eine Steigerung um 2,2 Proz. im Oktober 1925 in 52 Industrien erreicht; in Rußland nach den Angaben der „Wostok Truda“ und „Woprosy Truda“ waren 16,8 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder im Juli 1925 arbeitslos.

Bei international stabiler Währung hätte die deutsche Wirtschaftskrise sofort nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges einleiten müssen. Sie ist hinausgeschoben lediglich infolge der fortgesetzten Enteignung deutschen Spartafonds und durch die stinkende Überbeschaltung dreier Weltkriege. Eine weitere Klernphase trat ein mit der Hereinnahme ausländischer Milliardenkredite, die nach Angaben des Reichsbankpräsidenten etwa 4 Milliarden Mark betragen.

Der deutsche Geldmarkt erfuhr trotzdem eine ungeahnte Verknappung, denn allein die Spartafonds haben, die sich auf 24,6 Millionen Spartascheine mit 20 547 Millionen Mark im Jahre verteilten, sind auf 2903 Millionen Mark einschließlich Scheckanlagen Ende Oktober 1925 zusammengedrumpft.

Die Flucht in die Sachwerte, als Folge der inflationistischen Geldwirtschaft, blähte den deutschen Produktions- und Warenverteilungssystem auf bisher ungeahnten Umfang auf. Ungleichmäßig der nicht von der Staatlichkeit erlittenen privaten Einzel- und Erwerbswirtschaften folgten sich die Zahl der deutschen Gesellschaftsunternehmungen wie folgt:

Table with 2 columns: Year (1909-1924) and Number of companies (5 222 to 17 074).

In diesen zahllosen Inflationsblüten sind die entzogenen Gelder angelegt und eingeflossen, die nun heute zur Entlastung der deutschen Wirtschaft fehlen. Und weil jedes Unternehmen unter allen Umständen am Leben bleiben will, deshalb Hereinnahme von Leihkapital zu ungeheuren Zinssätzen, deshalb der organisierte Druck der Unternehmer auf den Lohn und der Kampf um längere Arbeitszeit.

Das verkehrte Prinzip: Kleiner Umsatz — großer Ruß wurde die Parole der deutschen Industrie- und Handelswelt in der Nachkriegszeit.

Nicht allein die Kaufkraft im Inland ging rapide herunter, sondern auch der deutsche Anteil am Weltmarkt erlitt gewaltige Einbußen, wie folgende Zahlen beweisen. Der Gesamtumsatz Deutschlands im Außenhandel betrug im Jahre

Table with 2 columns: Year (1913-1923) and Percentage of world trade (12,3% to 5,9%).

Die für die Nachkriegszeit genannten Zahlen erfahren eine weitere Senkung um etwa ein Drittel der Wertangabe, wenn der Goldwertungsindex gegenüber 1913 berücksichtigt wird. Für die Lebenshaltung des deutschen Volkes ist für die Wirtschaft überhaupt sind diese Zahlen von außerordentlicher Bedeutung, insbesondere aber in Rücksicht auf die zu leistenden Wiedergutmachungen und die eigenen sozialen Lasten.

Millionen der besten deutschen Kräfte wurden der Wirtschaft durch den Krieg entzogen, dafür müssen etwa 5 Millionen Opfer aus dem Ertrag der deutschen Wirtschaft notwendig am Leben erhalten werden. Das Reich ist daher gezwungen, die Steuerlast auf rund das Dreifache der Vorkriegszeit zu steigern und tief in die Taschen der Steuerzahler zu greifen.

Das deutsche Volk ist nur lebensfähig als Industrievolk, das deutsche Arbeitskraft gegen ausländische Rohstoffe und Bodenprodukte eingutachten in der Lage ist.

Diese Möglichkeit wird wesentlich beschränkt durch den Umstand, daß mit dem Weltkrieg eine allgemeine Industrialisierung selbst in den Kolonialländern einsetzte, wodurch der Weltmarkt eine andere Verteilung erfuhr. Erhöhter Konkurrenz für die deutsche Wirtschaft wirkt die technische Rückständigkeit der deutschen Industrie, die hinsichtlich Detail und anerkannt ist und sich durch Ein- und Ausfuhrverbote, Zollschutz und Kartellwirtschaft in die letzte unheilbare Lage hineingemauert. Stilllegungen der Betriebe wegen Mangel an Betriebskapital sind jetzt die Folge, trotzdem vielfach genügend Aufträge vorhanden sind.

Die Reinigung der Wirtschaft von den unzähligen parasitären Betrieben, die ihre Existenz nur den hohen Kartellpreisen und niedrigen Löhnen verdanken, ist ein absolut notwendiger Prozeß, gegen den irgendwelche Stilllegungsverordnungen wenig oder nichts ausrichten können. Die steigende Konkurrenz ist auch ein Zeichen für den Grab, den die Reinigung erreicht hat. Im Jahre 1925 sind 11 154 Konkurse angemeldet (gegen etwa 9800 im Jahre 1918). Der Handel allein ist mit 5627 beteiligt, die Industrie mit 4025, Banken mit 86, die Landwirtschaft mit 153 Konkuren.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist lediglich eine Folge des Weltkrieges, besonders verhängt durch die von der Euno-Regierung mit Nachdruck geförderte Inflationswirtschaft. Die Opfer dieser Regierungspolitik müssen deshalb wie alle Kriegsopfer vom gesamten Volke ausreichend unterstützt werden. Die Möglichkeit hierzu ist durchaus gegeben, wenn der Wille der Regierung und des Reichstages dahintersteht.

Im Artikel 157 der Reichsverfassung heißt es: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches“. Wie die Reichsregierung diesen Schutz von Millionen Arbeitlosen und Kurzarbeitern aufhob, ergibt sich daraus, daß im neuen Reichsgesetz für unternehmende Erwerbstätigen für ganze 40 Millionen Mark angefordert werden. Dagegen sind aus der Einkommensteuer (die Lohnsteuer einbezogen) in den neun Monaten vom 1. April bis 31. Dezember 1925 statt der für 12 Monate berechneten 1700 Millionen bereits 1748 Millionen Mark an die Reichshauptkasse abgeliefert, so daß mit einer Mehreinnahme von 300 bis 400 Millionen Mark bis Ende März 1926 gerechnet werden kann. Für Herr und Marine sind gegenüber 1925 113 Millionen Mark mehr im neuen Reichsset angefordert, auch diese Summe gilt es freizumachen für soziale Fürsorge.

Neben den übrigen Forderungen der Gewerkschaften zur Durchführung von Notstandsarbeiten u. a. muß zunächst dafür gesorgt werden, daß für die Opfer einer verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften Wirtschaftspolitik ausreichende Mittel von Reich und Regierung bereitgestellt werden. Nachdem der Kreis der Beitragszahler zur Arbeitslosenfürsorge neuerdings auf Einkommen bis 6000, — Art. jährlich erneuert und der Beitragsatz auf 3 Proz. des Lohnes festgelegt ist, würden künftig allerlei Mittel zur Verfügung stehen, wenn dazu die Regierung von den übrigen Volksteilen ein Opfer verlangt.

Die Symptome unserer ungefunten Wirtschaft liegen in dem völligen Verfall der Inlandskaufkraft. Sie zu heben wird nach wie vor die alleinige Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Diese Einflüß gilt es zu verlieren in den Arbeitermassen, dann wird die Nationalisierung der Wirtschaft, die Vermehrung und Verbilligung der Produkte, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erkämpft werden. In dem Kampf der kapitalistischen Wirtschaft, der nur geführt wird um den höchsten Preis — ob für Kapitalgins, ob für Warenpreise oder Arbeitslohn — wird nur derjenige Teil siegen, hinter

dem die stärkere wirtschaftliche Macht steht. Viele Millionen Arbeiter, Angehörige und Beamte haben noch völlig außerhalb dieser Erkenntnis, diese gilt es zu gewinnen und zu schützen, damit in der insofern privatisierten und monopolistischen festgefahrenen Wirtschaft eine neue, geistig und sozialistisch lebendige Macht der Arbeit erstarkt die Fähigkeit, der Wirtschaft neue Wege zu weisen mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Mit Parolen allein wird nicht ein Jota geändert.

H. G. Klimm.

bleib treu.

Es ist eine schwere Zeit, in der wir leben, überall sehen wir ein Elend, das sich zu Bergen häuft. Hunderttausende zählen die Arbeitslosen und noch viel größer ist die Zahl der Kurzarbeiter. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeuten Hunger und Entbehrungen, besonders in den kinderreichen Familien, wo kaum das nackte Leben gesichert werden kann. Wenn man sonst sagt, gelittenes Leid ist halbes Leid, so dürfte das Sprichwort hier kaum zu treffen. Die Massenarbeitslosigkeit steigert die Not der Vermissten noch mehr, da es in den meisten Fällen nicht möglich ist, durch Stellenwechsel dem Hunger zu entgehen. Gemeinsam getragene Not bringt die Menschen einander näher, sie sollte auch die Wirkung haben, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder enger an die Organisation anschließen. Die Erfahrung lehrt, daß häufig das Gegenteil eintritt. Die Linie der Mitgliederbewegung der Gewerkschaften verläuft im allgemeinen ziemlich parallel mit der Linie des Geschäftsganges, so daß bei anziehender Konjunktur die Mitgliederzahl steigt, während sie in Zeiten der Krise zurückgeht. Das gilt im allgemeinen; sieht man jedoch näher zu, so findet man auch Ausnahmen von dieser Regel. Ausnahmen nach der Richtung hin, daß wirtschaftliche Krisen den Mitgliederstand alter gefestigter Gewerkschaften weniger beeinflussen. Aber auch allgemein äußert sich der Einfluß des schlechten Geschäftsganges auf die Gewerkschaften jetzt weit weniger stark als früher, in den Anfängen der Organisation. Der starke Mitgliederrückgang in der gesamten Gewerkschaftsbewegung von 1923/24 hatte besondere Ursachen.

Die erwähnte Periode war gewissermaßen eine Zeit der Reinigung für die Gewerkschaften. Zu diesen waren zahlreiche Elemente geflossen, die innerlich nicht zu ihnen gehörten und die sich nicht einzulösen vermochten. Die Stürme der Inflationszeit und der dann folgenden Periode haben das bürre Laub weggeegelt. Was man dann Inventur machte, da zeigte es sich, daß nicht nur die Wurzeln des Gewerkschaftsbaumes gelund geliebten sind, sondern daß auch der Stamm mächtig Holz angefeht hatte. Gegenwärtig wird er wieder von Stürmen umbraust, aber er wird ihnen Stand halten.

Es gibt jetzt wohl sehr viele Arbeiter, die schwer unter der Not der Zeit leiden, und recht kämpfen müssen, um ihrer Familie nur das allernotwendigste, in Form der täglichen Nahrung auszugeben. Zu diesen Erziehungskindern treten noch viele andere, besonders die Wohnunglosen, die wie ein Alp auf den Schultern dieser Bedrückten, und niemand will sich ihrer erörmen. Ganze Familien haufen in nur einem Räume, dem ihnen das Schicksal noch übrig ließ, und sind zudem oftmals den Lachen des Hausbesizers ausgeleht. Sollte es sich daher mudern, wenn eine Mutter mit ihren Kindern, im Verzweiflungstampe ringend, dem Leben Bolet sagt? Haben die Bestenben und die Unternehmer, die sich auf Kosten der Arbeiter mühen und glücklich tun, schon einmal hineingesehen in eine Arbeiterfamilie, die sich mit den paar Groschen, die ihnen das Unternehmertum für ihre anstrengend geleistete Arbeit ausshändigt, durchsichtigen muß?

Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, nicht nur solche Verzweiflungsausdrücke zu verhindern, sondern vor allen Dingen dahin zu streben, daß die angedeutete Stimmung in der Masse nicht überhand nimmt. Das beste Vorbeugungsmittel ist die Verbilligung der Massenarbeitslosigkeit. Ein unmittelbares Eingreifen in das Wirtschaftsgetriebe, die Beschaffung von Arbeitslosgerechtigkeit, liegt außerhalb der Macht der Gewerkschaften, aber sie weichen unaufhörlich auf die Wege hin, die befriedigen werden müssen, um das danteberliegende Wirtschaftslieben zu heben. Sie bemühen sich, den Opfern der Wirtschaftskrise zu helfen, sie aufzurichten. Dem Drängen der Gewerkschaften ist es zu danken, daß die Erwerbstätigenfürsorge eine, wenn auch nicht ganz bestehende und unzulängliche Besserung erhalten hat. Nicht zu unterschätzen ist die Hilfe, welche die Gewerkschaften aus eigenen Mitteln ihren erwerbslosen Mitgliedern zuzuwenden. In dieser Beziehung sind die Verhältnisse etwas günstiger als bei dem sprunghaften Answellen der Arbeitslosigkeit, von dem die Stabilisierung unserer Währung begleitet war. Damals hatte die Inflation die Gewerkschaftskassen geleert, so daß Unterstützungen nicht möglich waren. Wenn die Finanzlage der Gewerkschaften heute keineswegs eine glänzende ist, so sind Unterstützungen zu zahlen.

Dieser Umstand trägt dazu bei, die Unabhängigkeit der Mitglieder an den Verband zu klammern; aber das darf vorläufig nicht sein. Es ist Pflicht für uns Orts lebendig erhalten bleibt. Nicht nur die in Arbeit stehenden Mitglieder müssen sich daran beteiligen, ganz besonders sorgfältig muß darauf verwendet werden, zu verhindern, daß die arbeitslosen Kollegen in Verborgene verfallen. Ob der Tiefstand der Krise schon erreicht ist, ob die Besserung muß, sich in mehr oder weniger lebhaftem Tempo vollziehen wird, läßt sich nicht voraussehen, aber sicher ist es, daß auf diese Zeit wieder eine bessere folgt. Diese bessere Zeit wird uns Kämpfe von steigendem Ausmaß bringen.

Aus diesen Forderungen ergibt sich die Forderung, daß die uns bevorstehenden Kämpfe nur siegreich überstanden werden, wenn alle Mitglieder auf ihrem Posten sind und treu zur Organisation stehen. Wir brauchen nicht bloß 50 bis 60 Proz., sondern 100 Proz., deshalb muß jeder



und jede Kollegin dafür sorgen, daß abseits... Kolleginnen, laßt euch nicht beirren...

Jam Hamburger Verbandsfag 1926.

Beide vom Verbandsvorstand in Nr. 1 des Verbands... veröffentlichen Artikel sind der Beachtung... Kollegen, die die finanzielle Seite unseres...

Gewiß gibt es heute einen Teil Kollegen, der die vom... Verbandsvorstand geforderten Beiträge zahlen kann... wirtschaftlich noch belastet zu werden...

Einiges zu den Unterstufungsarten. Wir sind... Kampforanisation und als solche verpflichtet... Unterstufungsarten unserer...

In Krankheitsfällen ist jeder von uns schon besser... als bei Arbeitslosigkeit: 1. durch höhere Leistungen... Krankenfallen, 2. ist doch der größte Teil unserer...

Nam. d. Redaktion: Wer zu den Beiträgen zum... Verbandsfag Stellung nimmt, sollte doch auch die Frage... nach dem Bericht Wilhelmshafen...

Der Stillstand der Produktion.

Das deutsche Volk — insbesondere die arbeitende... Klasse — welche im Kampfe um ihre Lebensinteressen... seit Beendigung des Weltkrieges schon so manchen schweren...

13 Millionen beträgt bereits die Zahl der unter... stufungsberechtigten Vollerwerbstätigen — die Kurzarbeiter... nicht inbegriffen — und täglich steigen diese Zahlen...

Dohne keine eigenen Interessen irgendwelche zurück... zu stellen, die bei der englische und amerikanische Unter... nehmer den Arbeitern eine ganz andere soziale und wirt...

Trotzdem die Produktion bereits vollständig ruht, be... müht sich das noch produzierende Unternehmertum, nicht... selten ohne zwingenden Grund, durch weitere Betriebs...

Die eigentlichen Träger der Wirtschaft sind neben den... sogenannten Wirtschaftsführern vornehmlich die Arbeiter... Politisch haben sie die Befähigung zu beeinflussen durch...

Einen fundamentalen Unterbau für eine segensreiche... Beeinflussung der Wirtschaft bietet das Betriebsrätegesetz... Obgleich unvollkommen in Inhalt und Anwendung, be...

Die Kontrolle der Produktion mit allen damit ursächlich... zusammenhängenden Fragen wird solange unerschütterlich... sein, solange sich nur diese in der Theorie zu behaupten...

die Erkenntnis erzeugen, daß die völlige Planlosigkeit... unserer Wirtschaft, die ihren Stützpunkt im privatkapita... listischen System des deutschen Unternehmertums findet...

Um sich in der Weltwirtschaft zu behaupten, ist es... Pflicht, die Produktionsverhältnisse anderer Länder zu... studieren und an ihnen zu lernen...

Diese Aufgaben zu lösen, das kann aber nicht allein das... Unternehmertum. Hier müssen die Betriebsräte mit... wirken und im Sinne des Betriebsrätegesetzes die Idee...

Hier gilt es, den Hebel anzufassen und nachzuziehen... was bisher vernachlässigt worden ist.

Paul Reichmann.

Von der Arbeiterbank.

In der außerordentlichen Generalversammlung der... Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.O. Ber... lin, die am 28. November 1925 unter der Leitung des Vor...

Aus dem Bericht der Verwaltung ist erfreulichweise... festzustellen, daß unser Bankinstitut im Jahre 1925 eine... sehr erfreuliche Entwicklung genommen hat...

Am Anschluß an die durch die Kapitalerhöhung not... wendigen Verhandlungen und Beschlüsse berichtete Herr... Meyer auf einen aus der Mitte der Verwaltung ge...

Russische Zustände.

Daß auch in Rußland die Arbeitslosigkeit großen... Umfang erreicht, trotz der verhältnismäßig geringen An... zahl der Industriearbeiter, ist eine bekannte Tatsache...

Ueber die Haushaltskosten eines gelernten Arbeiters... in Moskau macht die Moskauer Gewerkschaftskommission... folgende Angaben:

72,9 Proz. der monatlichen Einnahmen waren Wohn... verdienst des Haushaltsvorstandes, 12,4 Proz. Lohn ander... er Familienmitglieder, 2,6 Proz. aus anderen Einkünften...



Korrespondenzen.

Wipoda. Versammlung vom 18. Januar. Kollege Wipoda gab den Jahresbericht. Den Kassenbericht gab nicht, ihm wurde Entlohnung erteilt. Darauf wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ueber die Vorlage bezugs Neuregelung der Beiträge und Unterstüpfungsfrage an den Verbandstag fand eine längere Aussprache statt. Man fand sie nicht im Einklang stehend mit der herrschenden Meinung. Zurzeit sind hier am Ort von 16 organisierten Kollegen nur noch 3 in Arbeit. Grober.

Berlin. Jahresgeneralversammlung vom 21. Januar 1926. Wenker gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1925, der wie üblich gedruckt vorlag. Einnahmen für die Hauptkasse 34 952,70 M. Ausgaben 32 311,40 M. Lokalfasse: Bestand und Einnahme 47 259,53 M. Ausgaben 12 046,98 M. Am 31. Dezember 1925 war ein Bestand von 35 212,55 M. zu verzeichnen. Ertragsfonds, Bestand und Einnahme 291,85 M. Ausgabe 55 M. Aus dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht für 1925 ist zu entnehmen, daß die Einnahmen für die Hauptkasse 179 576,70 M. betragen. Ausgaben 176 935,40 M. Lokalfasse 84 185,99 M. Einnahmen und 48 973,44 M. Ausgaben. Mitgliederbestand am 1. Januar 1925 4088 männliche und 689 weibliche Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 4204 männliche und 607 weibliche Mitglieder.

Müller gab den Jahresbericht. Die Kämpfe im Jahre 1925 waren eine Fortsetzung der von 1924. Hauptgeschäft ging es um die Erhaltung des Achtstundentages. Die Verträge in den kleinen Betrieben haben nicht immer ihre Pflicht getan. Es muß in dieser Hinsicht besser werden. Nebenher erwähnte außer einigen kleinen Streiks den jehovahistischen Streik der Tapezierer. Der seit 1 1/2 Jahren nicht mehr bestehende Tarifvertrag wurde anerkannt. Die Arbeitszeit betrug nach diesem Tarif 46 Stunden pro Woche. Dann besprach Müller die Verhältnisfrage der Treibriemenfahler, der Plan- und Zellstrahler und der Einzelmeister; die Arbeitslosigkeit wird besonders gegen Jahresende in allen Branchen außerordentlich groß. Die Arbeitsmöglichkeiten haben sich aber verwickelter als verbessert. Am 20. Januar 1926 waren 2774 Arbeitslose im Arbeitsnachweis eingeschrieben, das sind 45 Proz. der in den Gewerkschaften beschäftigten Arbeiter, 75 Proz. von denen noch jetzt Beschäftigten sind Kurzarbeiter. Die Geschäfte der Ortsverwaltung wurden durch 7 Generalversammlungen, 12 Ortsverwaltungssitzungen, 100 Branchenversammlungen, über 100 Kommissionssitzungen, 7 Versammlungen der Jugendlichen, 4 Betriebsleiterversammlungen, 3 Sitzungen des Sachauschusses für den Arbeitsnachweis und unzählige Verhandlungen mit Unternehmern, wurden teils, da es sich um Tarifangelegenheiten handelte, durch Telephon erledigt. Wunne verbreitete sich über die von ihm bearbeiteten Branchen. Die Lederwarenbranche hatte im verfloffenen Jahre wenig Arbeitsmöglichkeiten, die Kofferbranche schmit am schlechtesten ab. Die Portefeulter hatten geteilte Vertriebsmöglichkeiten, einige hundert Sattler waren mit Militärarbeiten beschäftigt, 6 Lohnverhandlungen und 5 Schlichtungsausschüssen fanden statt. Nebenher berichtet über die Aussperrung im Autowagen, die Kollegen lassen sich einen Abzug von 20 Proz. nicht gefallen. Bei dem guten finanziellen Stande der Lokalfasse war es möglich, an die ausgesperrten Autofahler besondere Gegenunterstützungen zu zahlen. An etwa 250 ausgesperrte Erwerbslose wurde eine Wohnnachunterstützung gezahlt. Die Agitation muß im Jahre 1926 bedeutend besser betrieben werden, besonders müssen die Gehilfen der Jugendabteilung gefördert werden. Die Betriebsräte müssen mehr wie bisher Fühlung mit den Gewerkschaften nehmen. Bei Betriebsrätenwahlen müssen die gesetzlichen Vorschriften mehr beachtet werden, um zu vermeiden, daß bei eventuellen Klagen, die nicht vorfristig gemäßen Betriebsräte abgewiesen werden. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Neuwahlen ergaben Müller als 1. Vorstehenden mit 290 Stimmen. Offen erhielt 258 Stimmen. Wunne als 2. Vorstehenden. Wenker wurde einstimmig als Kassierer wiedergewählt. Die bisherigen Anstellten Offen und Helmrich wurden mit 344 bzw. 367 Stimmen gewählt; Fleischer als Gegenkandidat erhielt 191 bzw. 181 Stimmen. Als Revisoren wurden die Kollegen Pindowits, Fiedrich, Bönwald, Rinn und Kuffner wiedergewählt.

Dann wurde eine Resolution des Kollegen Kiesel einstimmig angenommen: „Die heute tagende Generalversammlung verlangt von den maßgebenden Instanzen der Arbeiterbewegung ADG, SPD, und FPD, einen Vorkommnis nach erfolgter Einsegnung der früheren Fürsten herbeizuführen. Diese Gelber sind zur Unterstützung der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Sozialrentner zu verwenden. Die Versammlung war gut besucht.“

Bremen. Generalversammlung vom 21. Januar. Zimmermann erstattete Abrechnung vom 4. Quartal. Der Monatsnachtrag war in diesem Quartal besser, als im vergangenen. Kassenbestand der Lokalfasse 729,64 M. Mitgliederbestand Anfang des 4. Quartals 320 männliche, 60 weibliche, 34 Beurling, am Schlusse 307 männliche, 61 weibliche, 36 Beurling. Kollege Semning rügt, daß Mitglieder, die nach dem Streik ausgeschlossen wurden, jetzt schon wieder aufgenommen sind. Solche Kollegen sollten mindestens 1 Jahr gemieden werden wie die Pest. Er bemängelt ferner, daß die Entschädigungen an den ersten Kassierer, den zweiten Vorstehenden und den ersten Schriftführer zu hoch seien, man müsse auch hierin sparen. Kollege Kowell tritt dem entgegen und betont, man sollte doch nicht kleinlich sein, im Gegenteil, man sollte sich freuen, einen guten Kassierer gefunden zu haben. Haupt ist erstreckt, daß Artikel geübt wird. So sollte es immer sein, Kritik am richtigen Ort. Der Kassierer habe munterwillig gearbeitet, er habe sein Geld doppelt verdient. Es bleibe ihm direkt bestrafen für seine Arbeit, wenn ihm was abgezogen würde. Geiler meint, wenn man sparen will, soll man sich andere Sachen anschauen. Die Entschädigungen sind prozentual festgesetzt und richten sich nach den Einnahmen. Dem

Kassierer wird gegen eine Stimme Entlohnung erteilt. Hempt gibt den Jahresbericht. Das verfloffene Jahr ist ein Jahr schwerer Kämpfe gewesen. Noch nie war eine so große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Im Anfang des Jahres war die Konjunktur gut, im Februar hatten wir nur zwei Arbeitslose. Im März wurde ohne Kampf eine Lohnzulage von 10 Pf. erreicht. Im Mai zwangen uns die Arbeitgeber, den Kampf auf, der 10 Tage dauerte und durch Schiedspruch mit 6 Pf. Zulage beendet wurde. Im September brach ein Streik bei der Firma Schwarz aus. Derselbe fiel im Wasser. Inzwischen ist auch die Firma ins Wasser gefallen. Weitere 4 Pf. Zulage wurden im Oktober durch Schiedspruch erreicht. Die Tarifhöhe haben sich im Laufe des Jahres um circa 30 Proz. erhöht. Es fanden 69 Sitzungen und Versammlungen statt. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich 64 Kollegen. Haupt eruchte die Kollegen, ihre Verbandsbücher in Ordnung zu halten und immer für den Kampf gerüstet zu sein. Er dankte allen, die durch Mitarbeit den Vorstand unterstützten haben und eruchte dieses auch ins neue Jahr zu übertragen. Als Funktionäre der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt: Haupt erster, Seiler zweiter Vorstehender, Zimmermann erster, Kurz zweiter Kassierer, Oberberg und Sirtur Schriftführer, Kowell und Kofahr Revisoren, Reiners, Kowell und Böhning Revisoren, Semning Jugendleiter. Semning eruchte, ihn in seinem Amt zu unterstützen und auch auf die Beurlinge einzuwirken, damit sie die Veranstaltungen besuchen. Haupt versprach, alles für die Beurlinge zu tun. Semning betonte, die Beurlinge sollten eine Organisation in der Organisation haben und Nachwuchs heranzüchten. Haupt brachte die Bittelohr und Welschalle in Erinnerung, welche den Arbeitlosen ungenügend zur Verfügung steht. Bei der Firma Bremer sind Entlohnungen vorgenommen worden, ohne daß der Betriebsrat unterrichtet war und bevor veräußert gearbeitet wurde. Anwesend waren 64 Kollegen und 1 Beurling.

Spanbau. Generalversammlung vom 7. Januar. Der Jahresbericht ergab, daß sich unsere Organisation am Ort gut entwickelt hat. Die Mitgliederzahl hat sich um 50 Proz. im Geschäftsjahre erhöht, die Lokalfasse um 120 Proz. Der Ortsverwalter wurde Anerkennung für ihre Tätigkeit gezeigt. Der erste und zweite Vorstehende und der Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. Schriftführer wurde Kollege Wöster Wöster, Fleischer, die Kollegen K. Hornack, F. Lange und A. Kuntmann. In die Agitationskommission kamen: Smoboda, Köhler und Ocker. Revisoren sind Müller und Nieme. Als Kandidat zum Verbandstag wird Paul Becker aufgestellt. Mit der Lokalfasse soll sich zunächst der Vorstand beschäftigen.

Wilmshausen. Versammlung vom 16. Januar. Der Jahresbericht ergab, daß sich die hiesige Ortsgruppe im verfloffenen Jahre gut entwickelt hat. Der Mitgliederbestand stieg von 56 auf 75 am Schlusse des Jahres. In drei erfolgreichen Lohnbewegungen gelang es, den Spitzenlohn von 67 Pf. auf 90 Pf. zu erhöhen. In der Lebensunterstützung wurde ein wesentlicher Vorteil erzielt. Arbeitslose sind zurzeit 10 am Ort und 8 Kollegen sind von der Kurzarbeit in Barel betroffen. Der Vorstehende schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, trotz aller Jähndt treu zur Organisation zu halten. Der Kassenbericht ergab, daß ein Lokalfassenbestand von 250 M. vorhanden ist. In die Hauptkasse wurden während des Berichtsjahres 1150 M. gesandt. An Unterstützungen für die Hauptkasse wurden am Ort 450 M. verausgabt. Aus lokalen Mitteln wurden den Kleiner Kollegen 80 M. als Streikunterstützung überwiesen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlohnung erteilt.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorstehender Jansen (einstimmig wiedergewählt), Hauptkassierer Kuffner, Unterstufkassierer Zimmermann, 2. Vorstehender Heidenfelder, Schriftführer Wagn und Fleischer, Revisoren Moser und Dooden, welche gleichzeitig als Kartelldelegierte fungieren. Dann wurde Stellung genommen zu den Anträgen des Hauptvorstandes zum Verbandstage. Die Bestimmung über die Berechnung der Unterstützungen, nach welcher der niedrigste Beitrag der letzten 26 Wochen maßgebend sein soll, erregte allgemein Unwillen. Es wurde beschlossen, diese Willensäußerung in einem Verammlungsbericht zum Ausdruck zu bringen. Auch soll ein entsprechender Antrag zum Verbandstage eingereicht werden. Eine weitere Stellungnahme zu den Vorschlägen des Hauptvorstandes soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Die Lokalfasse erlaubte sich nach längerem Hin und Her mit dem Beschlusse, das bisherige Lokal beizubehalten. Karl May.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Jahrgendindustrie. Berlin. Die Aussperrung geht weiter. Stuttgart. Die Differenzen sind noch nicht beigelegt. Tapezierergewerbe. Wiesbaden. Bei der Firma Hollighaus, Stapelmöbelbetrieb, bestehen Differenzen. Meidel streng die Orte!

Rundschau.

Beschreibung der Berliner Messe für die Schuh- und Lederwirtschaft auf den Herbst. In Anbetracht der mangelhaften Wirtschaftslage findet die Messe nicht im Januar statt, wie vorgelesen, sondern erst in der zweiten Jahreshälfte. Der Termin ist noch unbestimmt. Am 20. Januar ist eine Vereinbarung in Kraft getreten, nach welcher der Bismarckvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz aufgehoben ist. Für Reisende nach der Schweiz ist aber noch wie vor ein Paß erforderlich.

auch ist für solche, die in der Schweiz Arbeit suchen, zur Einreise eine Bescheinigung erforderlich.

Daß für Arbeitssuchende das Bismarckverbot verlangt wird, soll auf der geleglich vorgeschriebenen Kontrolle der ausländischen Arbeitssuchenden beruhen. In Wirklichkeit will man natürlich verhindern, daß bei der mangelhaften Lage des Arbeitsmarktes ausländische Arbeiter die Schweiz überschwemmen und die Lage noch verschlimmern. Was für die Schweiz gilt, gilt natürlich auch für Deutschland und arbeitssuchende Schweizerische Arbeiter.

Die christliche Lederarbeiterzeitung teilt in ihrer Nr. 1 mit, das achtjährige Ersehen des Verbandes ergaben sei bis auf weiteres zurückgestellt. Der Beschluß der Generalversammlung, das Blatt wieder alle Woche erscheinen zu lassen, sei in der Voraussetzung gefaßt worden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse normal bleiben würden. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit habe jedoch katastrophalen Umfang angenommen, so daß der Verbandsvorstand vorläufig den Beschluß nicht zur Durchführung bringt.

Der Vorstand des Lederwarenindustriellenverbandes Offenbach a. M. hatte am 3. Dezember 1925 die Verbandsvorstandsvorstellung, das Blatt wieder alle Woche erscheinen zu lassen, sei in der Voraussetzung gefaßt worden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse normal bleiben würden. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit habe jedoch katastrophalen Umfang angenommen, so daß der Verbandsvorstand vorläufig den Beschluß nicht zur Durchführung bringt.

Die Lederwarenindustrie hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 einen Ausfuhrüberschuß von 117 Millionen Mark erzielt. Es wurden ausgeführt von Leder und Lederwaren im Betrage von 210 Millionen Mark. Die Einfuhr betrug aber nur 93 Millionen Mark.

Bücherchau.

Lohnbuch der Arbeit für 1926. J. H. W. Dieß Verlag, Berlin SW. 68, 1,25 M. Ein gutes Nachschlagewerk zur Orientierung für jeden Arbeiter.

Büchermärkte, Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Preis 1,50 M. pro Quartal. Bestellung beim Postamt oder Briefträger. Herausgeber: Rechtsausschuß für Bildungsarbeit.

Von Gaden Gaden erschien Nr. 3 dieses Wochenschrifts, gliedert in treffender Weise durch Wort und Bild unsere korrupten Zustände. Es unterscheidet sich darin vorteilhaft von den früheren sozialistischen Wochenschriften, die nicht immer auf der Höhe waren. Preis 20 Pf. Heberall erhältlich auch durch die Post.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.) Am Jahresschluß muß jedes Mitgliedsbuch in Ordnung sein. Vom 7. bis 13. Februar ist der 6. Zeitraum fällig.

Pflichtliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Ausschüsse auf die Unterstüpfungsanstaltungen.

Achtung! Wahlkreis 20. Achtung! Zu den in Nr. 4 unserer Zeitung veröffentlichten Kandidaten zum Verbandstag kommt noch Kollege Alfred Sieber-Freiberg i. Sa.

Achtung! Alle Ortsverwaltungen, die die Monatsberichterstattung noch nicht eingeleistet haben, werden dringend ersucht, das umgehend zu tun, damit die Erstattung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit möglichst vollständig erfolgen kann.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband konnten zurückblicken: In Berlin der Kollege Friedrich Grube, Sattler.

In Kiel die Tapezierer Johann Grese, Eduard Rahn, Georg Nielsen und die Sattler Franz Martin, Paul Kämpfer, Richard Krüger, Oswald Reber, Erik Wrage.

In Stettin der Sattler Otto Pieper, der Tapezierer Franz Gieseler auf eine 25jährige und der Tapezierer Paul Hoffmann auf eine 27jährige Mitgliedschaft.

Verammlungsständer.

Berlin. Außerordentliche Generalversammlung am Donnerstag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4. Der Verbandstag. Wahl der Delegierten.

Akt. Sonntag den 7. Februar, vormittags 11 Uhr. Beschäftigung des Museums für Handel und Industrie der Universitätsstr. Treffpunkt 11 am Ubberring. Halbesand der Rheinuferbahn. Donnerstag, den 11. Februar, Samstagsvormittag, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 3, Vorderhaus, Versammlung für alle Branchen. Statutenberatung.

Sterbetafel.

Bremen. Am 22. Januar starb im Alter von 35 Jahren unser Mitglied Karl Ott, Tapezierer.

Leipzig. Am 11. Januar starb am 15. Januar unser Mitglied, der Sattler Franz Neuer.

Offenbach. Am 21. Januar starb unser Mitglied, der Portefeulter Philipp Schultze aus Heusenstamm, im 33. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken!